

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

8.12.1930 (No. 286)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsriedrich-  
Straße Nr. 14  
Hauptverleger  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 9515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
G. Amend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittlicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwingender Weirichtung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendeiner Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südbadens im Zeitraum vom 16. bis 30. November 1930.

Die Verschlechterung des südbadischen Arbeitsmarktes ging in der zweiten Novemberhälfte in etwas langsamem Tempo vor sich, so daß die Mehrbelastung gegenüber dem Vorjahr, die am 15. November rund 92 000 verfügbare Arbeitssuchende betragen hatte, am 30. November auf rund 86 000 zurückging. Bei den Frauen ist infolge der Scheinfonjunktur in der Tabakindustrie gegen die Monatsmitte sogar eine Entlastung um 1500 Arbeitssuchende eingetreten, während der Arbeitsmarkt für Männer aus den Bauberufen, der Metallindustrie, der Lohnarbeit wechselnder Art, der Holzindustrie, der Land- und Forstwirtschaft und der Industrie der Steine und Erden teils absolut, teils relativ erheblichen Zustrom an Arbeitslosen zu verzeichnen hatte. Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern eingeschriebenen Arbeitssuchenden betrug Ende November 208 647 Personen, 168 819 Männer und 37 828 Frauen, gegen 198 569 Personen, 159 243 Männer und 39 326 Frauen, am 15. November dieses Jahres.

Im Einklang mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes stieg in der Berichtszeit die Inanspruchnahme der gesetzlichen Unterstützungsleistungen bei den Männern um 5208 Personen, während sie bei den Frauen um 554 zurückging. Die vermögensmäßige Arbeitslosenunterstützung nahm um 5342 Unterstützungsbeziehungen zu, in der Krisenunterstützung waren es um 688 weniger. An der Gesamtzunahme von 4654 Hauptunterstützungsempfängern nahm Württemberg mit 3892 teil, während auf Baden dank der Erleichterung, welche die Tabakindustrie brachte, nur 762 kamen. Die Mehrbelastung der Unterstützungsleistungen gegen das Vorjahr betrug am 30. November nur noch 83 661 Personen gegen 87 351 am 15. November. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 30. November 1930 folgender:

In der vermögensmäßigen Arbeitslosenunterstützung 97 707 Personen (83 952 Männer, 13 755 Frauen), in der Krisenunterstützung 21 467 Personen (18 591 Männer, 2876 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 4654 oder um 4,1 v. H.

von 114 520 Personen (97 335 Männer, 17 185 Frauen) auf 119 174 Personen (102 543 Männer, 16 631 Frauen); davon kamen auf Württemberg 52 497 gegen 48 605 und auf Baden 66 677 gegen 65 915 am 15. November 1930.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südbadens kamen am 30. November 1930 auf 1000 Einwohner 23,7 Hauptunterstützungsempfänger gegen 23,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

Im Baugewerbe ist trotz aller Anstrengungen der öffentlichen Hand, dem Arbeitsmarkt eine Stütze zu bieten, infolge des völligen Darniederliegens des privaten Baumarktes die Zahl der Arbeitslosen wieder um 1678 geleert und 562 ungelernete Arbeiter auf rund 38 000 Arbeiter gestiegen. Der infolge der entstandenen Sturmschäden plötzlich einsetzende Bedarf, besonders an Dachdeckern, ist sehr schnell wieder abgedeckt. In den Maßnahmen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge konnten in der Berichtszeit neuerdings über 500 Mann als Hilfsarbeiter untergebracht werden, so daß in den aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung geförderten Arbeiten Ende November 3658 Arbeitslose beschäftigt waren.

In der Industrie der Steine und Erden betrug die Zunahme der Arbeitslosen 10 v. H. des Bestandes in der Mitte des Monats. Die Betriebe der Baustoffindustrie hatten fast allgemein einen erheblichen Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen, der sich besonders stark wieder in der Zementindustrie auswirkte, die unter anderem aus einem einzigen Werk 120 Arbeiter entließ. Nach den eingegangenen Stillelegungsanzeigen sind im Laufe des Dezember besonders starke Entlassungen der Baustoffindustrie zu erwarten. In einigen Bezirken fiel auch die Einstellung der Torfgräberbetriebe ins Gewicht.

Die Belastung des Arbeitsmarktes aus der Berufsgruppe Land- und Forstwirtschaft stieg gegen Mitte November wieder um 20 v. H. auf 3500 Personen. Das verfügbare Kräfteangebot ist doppelt so hoch wie in den letzten 3 Jahren zur gleichen Zeit. Die Nachfrage nach Kräften ist dabei so zurückgegangen, daß sogar ein leichtes Überangebot an Dienstboten sich bemerkbar macht. Die Entwicklung der winterrischen Beschäftigung in der Forstwirtschaft war bezüglich sehr verschieden, es liegen aber auch Meldungen vor, daß infolge der starken Windbrüche von der Durchführung des vorgeplanten Holzschlagprogrammes Abstand genommen wird.

Im Verkehrsgewerbe standen den Entlassungen nur ganz geringe Anforderungen von Arbeitskräften gegenüber, so daß sich die Zahl der Arbeitssuchenden um 366 Personen auf 6780 erhöhte. Auch die Vermittlungen von Hafenarbeitern und Personal in Mannheim waren nur gering.

Im Hotel- und Gastwirtsgeerbe hatten weder die Betriebe in den Städten noch die für die Winterzeit in Betracht kommenden Kurorte einen Bedarf an Arbeitskräften.

\* Teilweise haben die Sturmschäden zusätzliche Arbeit gebracht.

### Letzte Nachrichten

#### Eine außenpolitische Debatte?

##### Die Gefährdung Curtius'

M. Berlin, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Im Gegensatz zu den Stimmen einzelner Blätter wird in politischen Kreisen die Lage für morgen abend nicht übermäßig ernst angesehen. Man glaubt vielmehr, daß es der Reichsregierung gelingen wird, mit derselben Mehrheit wie am Samstagabend sich auch in bezug auf die auswärtigen Fragen durchzusetzen und eine außenpolitische Debatte zu verhindern. Sollte das jedoch wider Erwarten nicht der Fall sein, so würde allerdings die Lage bedenklich werden, da die gegen den Außenminister persönlich gerichteten Mißtrauensanträge verschiedener Parteien am Mittwoch sehr leicht eine Mehrheit finden können.

Man rechnet damit, daß sowohl der Ev. Volksdienst wie die Volkssolidarität und die Konservativen dafür stimmen werden, daß ferner eine Reihe von Abgeordneten, die sich am Samstag unter dem Druck des Reichstages zurückhielten, wie z. B. der Landvolkführer Gerete und einige seiner Parteigenossen, die am Samstag nicht anwesend waren, eine andere Haltung einnehmen könnten. Innerhalb erscheint es vorzuziehen, wenn jetzt schon Namen für den Nachfolger des Reichsaussenministers genannt werden. Interessant ist, daß gerade die Deutsche Volkspartei den wenigsten Wert darauf legt, das Ressort zu behalten, und daß die Mitte überhaupt mehr dafür zu sein scheint, daß das Außenministerium mit einem zukünftigen Diplomaten besetzt wird.

#### Drohender Kampf in der englischen Baumwollindustrie

W.W. London, 8. Dez. (Tel.) „Daily Mail“ berichtet über Streikbefürchtungen in der Baumwollindustrie. Der Zentralausschuß des Arbeiterverbandes, der mehr als 160 000 Arbeiter in der Baumwollindustrie von Lancashire vertritt, hält morgen eine Sitzung ab, um den Beschluß der Arbeitgeber, das „Mehr-Webschleife“-System nach dem 5. Januar 1931 in Kraft treten zu lassen, zu erwägen. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Arbeiter in irgendwelchen Bezirken es annehmen werden, und es besteht die Möglichkeit einer Arbeitseinstellung, die vielleicht eine halbe Million Arbeiter umfassen wird.

Im Friseurgewerbe konnten keine Dauerstellen vermittelt werden. Die Vermittlungen erstreckten sich nur auf Ausschäfte für höchstens 2 Tage am Wochenende.

Auf dem Arbeitsmarkt in Industrie und Handwerk machte sich die saisonmäßige Verschlechterung hauptsächlich durch zahlreiche Entlassungen bei Kleinmeistern bemerkbar. In der Metallindustrie stieg der Stand an verfügbaren Arbeitssuchenden am Monatsende auf 40 644 Personen. An der Zunahme der Arbeitslosigkeit waren die Großbetriebe nicht mehr in dem Maße beteiligt wie in den Monaten vorher; an größeren Entlassungen ist die Freisetzung von 130 Arbeitern in der Nähmaschinenfabrikation zu erwähnen. Im Monat Dezember dagegen ist nach den vorliegenden Anzeigen mit großen Entlassungen, insbesondere im landwirtschaftlichen Maschinenbau und in der Waggonindustrie zu rechnen. Erheblich nachgelassen hat auch bereits der Beschäftigungsgrad der Schmiedwarenindustrie.

In der Textilindustrie wurden über 100 Entlassungen in der Wollefabrikation durchgeführt. Die übrigen Entlassungen ereigneten sich zwar nicht dieses Ausmaß, betrafen aber doch eine Zunahme der Arbeitssuchenden um über 300 Personen. Besonders erwähnenswert ist, daß sich in der Beschäftigung der Strickwarenbranche eine erhebliche Abschwächung bemerkbar macht. Die Textilindustrie dagegen scheint noch widerstandsfähiger zu sein.

In der Holzindustrie ist die Arbeitslosenzahl in der zweiten Monatshälfte nochmals um 800 Personen auf rund 15 000 angewachsen. Beteiligt am Beschäftigungsrückgang waren fast alle in Betracht kommenden Betriebszweige, von den Sägewerken angefangen bis zur Spielwaren- und Harmonikaindustrie.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe konnten an dem plötzlichen Beschäftigungsaufschwung der Tabakindustrie anscheinend nicht alle Betriebe vollen Anteil nehmen. Die Aufnahmefähigkeit der Zigarren- und Zigarettenfabriken hat in der zweiten Novemberwoche noch angehalten und dem Arbeitsmarkt eine fühlbare augenblickliche Entlastung gebracht. Da die Scheinfonjunktur aber in diesem Monat mit Sicherheit zu Ende geht, muß die weitere Entwicklung insbesondere für den Arbeitsmarkt Badens mit großer Sorge betrachtet werden.

Im Bekleidungsgeerbe machte sich besonders in den drei Großstädten im Schneidergewerbe die rückläufige Bewegung in verstärktem Maße bemerkbar. Auch die Wäscheindustrie, die Korsettindustrie und die Schuhindustrie hatten einen Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen. Die Zunahme an verfügbaren Arbeitskräften betrug in der zweiten Monatshälfte wieder 600 Personen, gegen Ende Oktober hat sich die Zahl um rund 1200 auf insgesamt 7380 Personen erhöht.

In den übrigen Berufs- und Gewerbegruppen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

### \* Nach dem Sieg des Kabinetts

Die Mehrheit, die sich am Samstag gegen die Aufhebung der Notverordnung aussprach, beträgt genau 38 Stimmen. Sie setzt sich zusammen aus dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, dem Christlich-sozialen Volksdienst, der Konservativen Volkspartei (mit Ausnahme des Abgeordneten Teutsch und des Hospitanten Nolte), der Bayerischen Volkspartei (mit Ausnahme des Abgeordneten Pfleger), der Deutschen Staatspartei, die jetzt mit dem neu eingetretenen Abgeordneten Hillebrand 15 Mandate umfaßt, der Deutschen Bauernpartei, der Volksnationalen Vereinigung und dem parteilosen Abgeordneten Mönke, ferner der Sozialdemokratischen Partei. Alle anderen Parteien haben für die Aufhebung gestimmt. Die Mißtrauensanträge sind mit 291 gegen 255 Stimmen abgelehnt worden; die Mehrheit betrug also 36 Stimmen.

Gefehlt haben von den Sozialdemokraten 9 Abgeordnete, von den Nationalsozialisten einer, von den Kommunisten 6, vom Zentrum niemand, von den Deutschnationalen niemand, von der Deutschen Volkspartei 2, von der Wirtschaftspartei 4, von der Deutschen Landvolkspartei 5, von der Bayerischen Volkspartei 2, von der Deutschen Bauernpartei, der Volksnationalen Reichsvereinigung, der Deutschen Staatspartei, den Christlich-Sozialen und den Konservativen niemand.

Wenn man das Abstimmungsergebnis rechnerisch betrachtet, so ergibt sich, daß ein Abschwenken der Deutschen Volkspartei mit ihren 30 Abgeordneten genügt hätte, um die Notverordnung zu Fall zu bringen und eine Regierungskrise heraufzubeschwören. Es war aber schließlich außer der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion, die geschlossen für das Kabinett eintrat, die Haltung der Deutschen Volkspartei, von der die Entscheidung abhing. Der Kampf innerhalb dieser Partei ist, wie man hört, in den letzten Wochen recht ernst gewesen, und es hat Tage gegeben, an denen es gar nicht so sicher war, ob die Partei nicht dem Landvolk und der Wirtschaftspartei in die Opposition folgen würde. Schließlich hat sich jene staatspolitische Auffassung durchgesetzt, die eine Krisis in diesem Augenblick vermeiden will und gerade im Hinblick auf die weitere Sanierungsarbeit die Notverordnung mit ihren Bestimmungen als die gegebene Voraussetzung für alle kommenden Arbeiten betrachtet.

Die Erkenntnis, daß die Notverordnung nur der Anfang des großen Sanierungswerkes ist, hat sich auch das Kabinett zu eigen gemacht. Schon in der nächsten Zeit werden diese Reformarbeiten aufgenommen werden. Daß an ihrer Spitze die Reform der Arbeitslosenversicherung stehen wird, ist bekannt. Wahrscheinlich hat man mit dieser Reform lange gewartet, um erst einmal die Sanierung der öffentlichen Finanzen zu erreichen und dann gleich gründlich und systematisch vorgehen zu können, mit dem Ziele, daß von jetzt an die Millionen und Millionen von Reichsmark, die gewissen unangebrachten Bestimmungen des Versicherungsgesetzes oder glattem Mißbrauch zum Opfer fallen, gespart werden.

Daneben ist die Herabsetzung des Etats durch starke Reduzierung der personellen Aufwendungen die Hauptaufgabe. Sehr richtig hat dieser Tage der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schaack erklärt, daß die Bestimmung, nach welcher der Reichsetat in den nächsten drei Jahren nicht erhöht werden dürfe, doch nur eine Lebensfristung, aber keinen Aufstieg bedeute. Ein solcher könne nur durch die Herabsetzung des Etats erreicht werden. 1913 hätten die öffentlichen Lasten 8,3 Milliarden Mark betragen, heute betragen sie nicht weniger als 30 Milliarden. 1913 hätten wir 18,5 Proz. unseres Volkseinkommens an Steuerabgaben und sozialen Lasten abzuführen gehabt, während wir in diesem Jahre mindestens 45 Proz. an öffentlichen Lasten abgeben müssen.

Diese Ziffern enthüllen einen Zustand, der auf die Dauer unmöglich ist. Die Steuerabgaben und sozialen Lasten müssen gesenkt werden; und, sie werden gesenkt werden können, wenn dreierlei geschieht: wenn erstens der Verwaltungsapparat auf einen vernünftigen Stand herabgemindert wird, wenn zweitens die Arbeitslosigkeit zurückgeht, und wenn drittens im gesamten Bereich der sozialen Versicherung jene Reformen durchgeführt werden, die einen jeden Mißbrauch, eine jede Überspannung des sozialen Wohlfahrtsprinzips und eine jede Verschwendung im Verwaltungswesen ausschließen. Zusammen mit diesen Aufgaben wird die Reichsregierung das große Problem der Sanierung der Wirtschaft in allen seinen Einzelheiten zu bearbeiten haben.

Sehr unerwünscht ist es, daß diese Tätigkeit des Kabinetts nach wie vor belastet bleibt durch schwere Probleme der inneren Politik. Der neue Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Herr Dingeldey, fordert, um gerade dieser Schwierigkeiten Herr werden zu können, u. a. eine Stärkung der Gewalt des Reichspräsidenten und eine Einspannung auch der nationalsozialistischen Kräfte in den politischen Aufbauprozess. Die Polizeitaktik Preußens den Nationalsozialisten und der Studentenschaft gegenüber bezeichnete Dingeldey als „engstirnig und spießbürgerlich“; sie erreiche ihr Ziel nicht, sondern „richte nur neue unheilvolle, politische Verwüstung bei der jungen Generation an“.

Auch Dingeldey überieht nicht, daß die wirtschaftliche und soziale Einstellung der Nationalsozialisten „dem gesamten Bürgertum Anlaß zur schwersten Besorgnis gibt“. Die beschwichtigende Erklärung, daß die Nationalsozialisten zur Zeit hauptsächlich Agitationspolitik trieben, und, wenn sie die Verantwortung mit übernommen hätten, viel staatspolitischer verfahren würden, ist ein Wechsel auf die Zukunft, der, wie aus den Worten Dingeldeys hervorgeht, nur geringe Tröstungskraft enthält. Bei alledem ist jedoch festzustellen, daß die nationalsozialistische Bewegung anscheinend immer weiter um sich greift, und daß das, was Herr Dingeldey das „gesamte Bürgertum“ nennt, in immer größeren Scharen nach rechts zu den Nationalsozialisten hinübermarschiert.

In außenpolitischer Beziehung wird die Reichsregierung ebenfalls eine umfassende Initiative entwickeln. Die Abrüstungsfrage, unser Verhältnis zu Frankreich, unsere Beschwerden gegenüber Polen und die Frage der Reparationen: das alles sind Fragen, die dringend einer Antwort harren. Reichsaußenminister Curtius hat als der verantwortliche Führer unserer Außenpolitik mit einer starken Opposition zu rechnen, die sich über den Kreis der eigentlichen Parlamentarier hinaus erstreckt. Man sieht infolgedessen der Abstimmung über einen gegen ihn eingebrachten Mißtrauensantrag mit einiger Besorgnis entgegen. Nicht ohne Bedeutung ist es, daß neuerdings auch die Christlich-Sozialen die Politik von Curtius bekämpfen; sie werfen ihm Mangel an Energie vor.

In dem Berliner Organ der Deutschen Volkspartei wird ganz unumwunden eine Umbildung des Kabinetts gefordert. Nach dem Wortlaut des Artikels müßte man fast annehmen, daß die Deutsche Volkspartei den Rücktritt von Curtius und seine Ersetzung durch eine andere Persönlichkeit nicht einmal ungerne sehen würde. Allerdings wird der Name des Außenministers nicht genannt. Dagegen wird die Anwesenheit des Reichsinnenministers Dr. Wirth offen als eine Belastung für das Kabinett bezeichnet. Jedenfalls werde es die Aufgabe der nächsten Zeit sein, die „notwendige Autorität der Regierung durch Befestigung ihrer parlamentarischen Grundlage und durch eine wohlüberlegte Umgestaltung des Kabinetts herbeizuführen“.

Nun, eine Umgestaltung des Kabinetts wäre schließlich keine Unmöglichkeit. Viel schwieriger dagegen ist die Befestigung der parlamentarischen Basis der Regierung.

## Badisches Landestheater

Trends neues Weihnachtsmärchen:  
Der große Christoph

Es ist für die vielen Kinder gewiß ein wunderschöner Moment gewesen, als beim Aufgehen des Vorhanges ihren weit geöffneten Augen sich ein gewaltiger Riese, das Christkind schulternd, zeigte und als sie von Paul Hader im Einfeldergewand des gutmütigen weißhaarigen Nikolaus hörten, dies sei „Der große Christoph“, dessen Geschichte sie nun miterleben sollten. Aber trotzdem wollte nachher eine richtige Märchenstimmung weder die kleinen Zuschauer gefangen nehmen noch die Großen, auch wenn sie innerlich wirklich so jugendlich geblieben sind, um sich einmal bereitwillig ins Kinderland zurückversetzen zu lassen.

Woran es wohl lag, daß diese obligate theatralische Weihnachtsbescherung nicht so recht einschlug? Nun, mir schien vor allem das Stoffliche, eben die über fünf Bilder ausgebreitete Legende vom Heiden Okerus, der sich zum heiligen Christophorus wandelt, ein selbst für Kinder, die nun einmal zwischen Maschinen aufwachsen und schon in jüngsten Jahren einige nabelnagelnde Begeisterung für technische Dinge aufbringen, ein gar zu fernes Gegenstand. Und Ulrich von der Trend als stets hilfsbereiter und sehr weiser Märchenonkel hat daraus wohl ein ganz nettes Unterhaltungsstück geformt, aber bei noch soviel allkluger Naivität und bei noch so geschickter pädagogischer Verflechtung doch das eigentlich Kindliche ein bißchen unterschätzt. Denn was kindlich wirken soll, ist beinahe oft kindisch zu nennen, und für eine weihnachtliche Kinderfreude dünkt obendrein der Witz gar zu mager geraten. Mit allerlei verstaubtem Theaterzauber öffnet man eben nicht allein die Käsepforte, aus der uns ein helles Kinderlachen entgegenstrahlt.

Wir haben also sicherlich in dieser braven, durchaus konventionellen Arbeit kein Musterbeispiel jenes edlen Kinderstückes vor uns, das es früher einmal gegeben haben soll; gleichwohl mag es innerhalb der dürftigen Reproduktion auf diesem Gebiet, die außerdem zumeist auf den engsten Kreis der Mädchenpensionate und besserer Puppenstuben sich beschränkt, immerhin überdurchschnittliche Geltung haben. Und einige Augenblicke bereitet es den Jünglingen auch wirklichen Spaß, so etwa beim schwerfällig tappenden Vären, den der Okerus auf des Königs Jagd mit seinen Riesennarben bezwingt, oder in der Szene des stiefelverlierenden Himo, dem Paul Müller die sonst recht stiefmütterlich behandelte komische Note leiht. Aus dem Riesen selbst macht Paul Rudolph Schulze eine schauspielerische Bollenkugel. Auch für die vielen Nebenrollen sind brauchbare Träger am Werk, vom pikarinen König Paul Gemmedes angefangen bis zu den unentbehrlichen prinzipialen Geschwistern Mona Seiling und Amanda Kurr. Dazu gibt es hübsche Länze, auch der musikalische Rettungsanker bewahrt Kinderstimm; und sollte schließlich doch den Kleinen das Ganze nicht die erwartete Vollfreude gebracht haben, dann entschädigt sie am Ausgang noch eine „Süße Gabe“ der Firma Diez und macht sie restlos glücklich. S. Sch.

Zur Zeit läßt sich kaum sagen, wie diese Basis aussehen sollte. Die Mehrheit am letzten Samstag war ja nur eine Mehrheit zu einem bestimmten Zweck, und auch sie war klein genug. Eine feste Mehrheit ließe sich überhaupt nur unter Einbeziehung der gesamten Rechten bilden. Die Voraussetzung dafür wäre die Ausschreibung von Neuwahlen in Preußen. Von der Gestaltung der Dinge in Preußen wird es abhängen, ob sich in diesem Reichstag überhaupt eine feste Mehrheit bilden läßt oder nicht.

## Stegerwald für den sozialen Burgfrieden

Ziel: Arbeitsbeschaffung

BRN. Berlin, 8. Dez. (Priv.-Tel.). Reichsarbeitsminister Stegerwald hat in einer Düsseldorf-Rede gestern eine sehr interessante Andeutung gemacht, über die wir Näheres mitteilen können. Er schloß mit der Feststellung, daß die Reichsregierung allein nicht alles tun könne und jetzt die Stunde des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und der Spitzenverbände der großen Gewerkschaften gekommen sei.

Mit diesem Appell hat es folgende Bemandnis: Der Reichsarbeitsminister will versuchen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder im Sinne der früheren Zentralarbeitsgemeinschaft zusammenzubringen. Man erinnert sich, daß ein solcher Versuch bereits im Sommer einmal gemacht wurde, um die Lohn- und Preisfestlegung gemeinsam anzufassen. Diese Bemühungen scheiterten, weil man sich darüber nicht einig wurde, ob die Preis- oder die Lohnfrage den Vorrang haben sollte. Diesmal steht das Problem der Arbeitsbeschaffung im Mittelpunkt. Herr Stegerwald hat bereits vor etwa 10 Tagen die Vertreter der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Konferenz bei sich gehabt. Er hat die Beteiligten mit eindringlicher Deutlichkeit auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus der Arbeitslosigkeit von vier Millionen ergeben, mit der für Februar gerechnet wird. Man hat wohl auch eingesehen, daß z. B. eine gesetzliche Arbeitsförderung für die Wirtschaft unannehmlich sein würde als eine freie Verhängung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die sich den Bedürfnissen beider Faktoren und der einzelnen Industriezweige viel elastischer anpassen könnte.

Der Reichsarbeitsminister hat dann weiter im Laufe der vergangenen Woche Einzelgespräche mit den verschiedenen Industriebranchen gehabt. Er hat auch mit der Post, der Eisenbahn und anderen Stellen verhandelt, bei denen eine Arbeitsförderung möglich erscheint. Ferner ist mit dem preußischen Kultusministerium Fühlung genommen worden, um auch die Frage des neunten Schuljahres zu behandeln, wie überhaupt die bekannten Vorschläge der preußischen Staatsregierung mit in den Kreis der ganzen Erörterungen einbezogen werden sollen. Diese Einzelgespräche hatten den Sinn, Material zu sammeln, damit man sich bei der Fortführung der Konferenz der Spitzenverbände ein genaueres Bild von den einzelnen Problemen machen kann. Die nächste Konferenz der Spitzenorganisationen dürfte noch im Laufe der neuen Woche stattfinden.

Die Bemühungen Stegerwalds, die freilich erheblichen Schwierigkeiten begegnen, haben für die deutsche Wirtschaft eminente Bedeutung. Die Reichsregierung sieht jetzt ihre wichtigste Aufgabe neben der Beendigung ihrer Preislenkungsaktion in dem Problem der Arbeitsbeschaffung. Wenn es gelingt, es im Zeichen eines Burgfriedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Angriff zu nehmen, so würde seine Lösung naturgemäß erleichtert. Man würde es auch schon als einen bedeutungsvollen Beginn für die deutsche Wirtschaft und die soziale Gestaltung der nächsten Zukunft ansehen müssen, wenn es dem Reichsarbeitsminister gelingt, wenigstens in den Hauptfragen eine Verständigung herbeizuführen.

## Druckfehler in der Notverordnung

M. Berlin, 8. Dez. (Priv.-Tel.). Es hat sich seit gestern die Notwendigkeit herausgestellt, eine Druckfehlerberichtigung zur Notverordnung zu veröffentlichen, da sonst sehr viel Unheil angerichtet werden könnte. Unter anderem handelt es sich um die Krankenversicherung. Nach einem Druckfehler würden auch die Arbeiter berechtigt sein, während einer Erkrankung die Fortzahlung ihres Lohnes zu fordern. Es handelt sich hier um den § 616 des BGB. Gemeint sind natürlich die Angestellten, wie es auch in der vom Reichspräsidenten unterschriebenen Notverordnung heißt. Die Veröffentlichung dieser Druckfehlerberichtigung dürfte noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen. Sie ist notwendig, da sonst der Reichsbahn und der Privatindustrie Mehraufgaben vermuthlich von mehreren hundert Millionen Reichsmark auferlegt würden.

## Die Regierungskrise in Frankreich

Laval beauftragt

PARIS, 8. Dez. (Tel.). Senator Pierre Laval, der Arbeitsminister im letzten Kabinett Lardieu, ist ins Elisee berufen worden. Beim Verlassen des Elisees erklärte er, daß er sein Möglichstes tun werde. Er werde sich mit einer Anzahl politischer Persönlichkeiten besprechen und morgen vormittag dem Präsidenten seine endgültige Antwort geben. Zunächst werde er dem Senatspräsidenten Doumer, dem Kammerpräsidenten Bouisson sowie Lardieu, Poincaré und Briand Besuche abstatten.

PARIS, 8. Dez. Nachdem Poincaré abgelehnt hatte, hatte der Präsident der Republik den Senator Louis Barthou mit der Regierungsbildung beauftragt. Er mußte jedoch in einer Audienz am Samstag gegen Mitternacht dem Präsidenten mitteilen, daß seine Bemühungen gescheitert seien. Sie mußten in dem Augenblick als verfehlt bezeichnet werden, wo er den Versuch unternahm, die alte Lardieu-Mehrheit nach links zu erweitern.

Rundmehr war für den Präsidenten der Republik die Bahn frei. Er kann, durch den Mißerfolg Barthous und Lardieus aufgeklärt, den Mann berufen, der die Konzentration der Mitte bildet, die der Senat durch seine Abstimmung gewünscht hat. Die Agence Gasas nannte als die beiden Persönlichkeiten, die im Laufe der heutigen Nacht in den Kreisen der maßgebenden Politiker für die Durchführung dieser Mission besonders geeignet bezeichnet seien, den ehemaligen Innenminister des Kabinetts Poincaré, Senator Albert Sarraut, und den Arbeitsminister des letzten Kabinetts Lardieu, Laval. Der „Matin“ nennt außer Laval noch Briand, Poincaré und den radikalen Senator Steeg, ehemaligen Generalresidenten von Marokko.

## Ermordung eines hohen Beamten in Indien

RA. Kalkutta, 8. Dez. (Tel.). Oberleutnant Simpson, Generalinspekteur der Gefängnisse der Präsidenschaft Bengalen, ist in seinem Amtszimmer erschossen worden. Der Mörder ist geflüchtet.

## Der Sieg der Regierung Brüning

38 und 36 Stimmen Mehrheit

Nach scharfen parlamentarischen Kämpfen hat am Samstagabend das Kabinett Brüning mit einer Mehrheit von 38 Stimmen den Sieg davongetragen. Vier Tage dauerte die Redeschlacht, und die beiden letzten Tage kann man wegen ihrer abnorm langen Dauer ruhig als Doppeltagen bezeichnen.

Fast alle Minister haben in die Debatte eingegriffen, am Samstag noch Reichsinnenminister Dr. Wirth und Reichsernährungsminister Schiele mit kurzen Abwehreden gegen die Opposition. Fast alle Fraktionen und Gruppen haben auch die ihnen zustehende Redezeit voll ausgenutzt, so daß erst in der siebten Abendstunde am Samstag die entscheidende namentliche Abstimmung über die Dezember-Notverordnung vorgenommen werden konnte. Dabei wurden die Aufhebungsanträge der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen mit 292 gegen 254 Stimmen abgelehnt. Für die Aufhebung hatten mit den Antragstellern auch die Wirtschaftspartei und die Landvolkpartei gestimmt. Die übrigen Parteien stimmten geschlossen für die Aufrechterhaltung der Notverordnung. Das tat auch die Bayerische Volkspartei mit der Begründung, daß sie eine Katastrophenpolitik vermeiden wolle. Sie behielt sich aber in einer Fraktionserklärung vor, gegen jene Bestimmungen, die nach ihrer Meinung das Steuerrecht der Länder beeinträchtigen, mit allen Mitteln, auch mit Anrufung des Staatsgerichtshofes, vorzugehen.

Für die Regierung gab es noch eine gefährliche Klippe. Wenn auch nach dem Ergebnis der ersten Abstimmung mit einer Ablehnung der Mißtrauensanträge zu rechnen war, so schien es doch sehr zweifelhaft, ob ein Vertrauensantrag für die Regierung angesichts der Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen bestimmte Minister die nötige Mehrheit finden würde. Die Regierungsparteien hatten aus diesem Grunde auch keinen Vertrauensantrag eingebracht, aber die Nationalsozialisten wollten bekanntlich der Regierung dadurch ein Bein stellen, daß sie ein solches Vertrauensvotum beantragten, obwohl sie selbst natürlich nicht die Absicht hatten, dafür zu stimmen. Die Geschäftsordnungscommission hat sich schon mit der Frage beschäftigt, ob solche nicht ernstgemeinten Anträge zulässig seien, sie ist aber noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung gekommen. Am Samstag beantragte der dem Zentrum angehörende Vizepräsident Esser einen Beschluß des Hauses darüber, und gegen den lebhaften Widerspruch der Deutschnationalen und Nationalsozialisten wurde in namentlicher Abstimmung mit 298 gegen 233 Stimmen bei Stimmenthaltung der Wirtschaftspartei beschlossen, daß Anträge, für die die Antragsteller selbst nicht stimmen wollen, nicht zur Abstimmung zu bringen sind. Damit war auch diese Klippe umschifft.

Die Mißtrauensanträge der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen und der Kommunisten wurden in gemeinsamer namentlicher Abstimmung mit 291 gegen 255 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. — Schließlich wurde noch der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Juli-Notverordnung mit 307 gegen 235 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Für die Aufrechterhaltung dieser Verordnung stimmte auch die Landvolkpartei mit Rücksicht auf die Hilfe, die in der Juli-Notverordnung enthalten ist.

Die weiteren Abstimmungen wurden auf Dienstag vertagt. Wie sich aus der großen Stimmengahl bei den Abstimmungen ergibt, hatten sowohl die Regierungsparteien wie die Opposition dafür gezogt, daß bei der Entscheidungsschlacht alle Mann an Deck waren. Viel bemerkt wurde, daß der eben erst von schwerer Krankheit genesene volksparteiliche Abgeordnete Dr. Schulz zum ersten Male wieder an der Reichstagsitzung teilnahm.

Nachdem noch ohne Debatte die Novelle zum Reichspostfinanzgesetz dem Haushaltsausschuß und ein Antrag auf Verlängerung der urheberrechtlichen Schutzfrist dem Rechtsausschuß überwiesen war, vertagte sich das Haus auf Dienstag 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht neben den Abstimmungen und kleineren Vorlagen auch das Pensionsfürsorgegesetz. Der heutige Montag bleibt sitzungsfrei wegen des katholischen Feiertages Maria Empfängnis.

## Ein unruhiger Sonntag

In Berlin kam es am Sonntagabend auf dem Rollendorferplatz, wo im Mozartsaal der Film „Im Westen nichts Neues“ aufgeführt wurde, zu stundenlangen Unruhen. Es ereigneten sich immer wieder Zusammenstöße von Nationalsozialisten und Polizei. Erst gegen 1 Uhr morgens konnten die einzelnen Polizeieinheiten langsam zurückgezogen werden.

Schwere politische Zusammenstöße gab es in Bonn im Anschluß an einen Aufmarsch der Nationalsozialisten. Kommunisten schossen auf Nationalsozialisten. Sieben Personen erhielten Kopfwunden.

In Hameln gab es bei Zusammenstößen von Nationalsozialisten mit dem Reichsbanner 10 Schwerverletzte. Eine große nationalsozialistische Kundgebung in Stuttgart, wo Hitler sprach, verlief ohne Zwischenfälle.

Der Zentrumsführer Dr. Borck +. In Breslau starb heute, Montag früh 4 Uhr im 78. Lebensjahre der Abg. Geheimrat Dr. Borck. Er war seit 50 Jahren im parlamentarischen Leben tätig und leitete viele Jahre lang die preussische Zentrumsfraktion. Dr. Borck gehörte dem Reichstag von 1881 bis 1893 und dem preussischen Abgeordnetenhaus seit 1884 an. Seit 1903 gehörte Dr. Borck dem Präsidium des Preussischen Landtages an.

5 Todesurteile im Moskauer Prozeß. Der Oberste Gerichtshof in Moskau fällt am Sonntagabend das Urteil im Prozeß gegen die Mitglieder der Industriepartei. Die Angeklagten Kamfir, Larischew, Tscharnow, Kalininow und Fedotow wurden zum Tode, Kuprianow, Sitnin und Dschin zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

## Kleine Chronik

In Wien hat der Staatsanwalt das Verfahren gegen den Ozeanflieger Levine aus Mangel an Beweisen eingestellt.

Nach den Erklärungen der Ärzte, nicht nur von Englis, sondern auch von der ganzen Umgebung, ist, wie aus Lüttich gemeldet war, der Rebel die einzige Ursache der gemeldeten Todesfälle. Die gestorbenen Personen litten an Lungen- oder Herzkrankheiten. Giftgase können durchaus nicht in Betracht. Bis jetzt sind rund 65 Todesfälle und 200 Erkrankungen zu verzeichnen.

Mit Rücksicht auf die am Rikhenstock drohende Absturzfahrt sind bis jetzt in Lintal 61 Häuser gänzlich und 25 teilweise geräumt worden. Die Absturzfahrt bewegt sich bis jetzt jeden Tag etwa 10 Zentimeter vorwärts, sie wird dauernd beobachtet.

Nach einer Meldung der „Morningpost“ ist das Rhassafan von einer Löwenplage heimgesucht worden. In einem Bezirk haben zwei Löwen 34 Gefasorene gefressen.

Der Polizei ist es gelungen, in New York-Brooklyn 4 von 7 gemeingefährlichen Geisteskranken festzunehmen, die vor einigen Tagen aus einer Strafanstalt nach New Jersey entwichen waren.

# Badischer Teil

## 50 Jahre badische Gewerbeschulmänner-Organisation

Der Verband badischer Gewerbeschulmänner feiert in diesen Tagen das 50jährige Bestehen und die 50. Wiederkehr des Gründungsjahres der Organisation badischer Gewerbeschulmänner. Aus diesem Anlaß fand am Sonntagvormittag im vollbesetzten Plenarsitzungsaal des Landtags zu Karlsruhe ein Festakt statt, dem als Vertreter der Regierung Staatspräsident Wittemann und Finanzminister Dr. Schmitt anwohnten. Ferner waren erschienen Ministerialdirektor Dr. Huber für den Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Kemmele, der bormalige Ministerialdirektor im Unterrichtsministerium Geheimrat Dr. Schmidt (dem als tatkräftiger Förderer des Gewerbeschulwesens die Festchrift gewidmet ist), Ministerialrat Huber (der wegen seiner Verdienste um den Verband und als Exerzent im Ministerium in der Landesausbildung zum Ehrenmitglied ernannt wurde), verschiedene Abgeordnete des Landtags, darunter Präsident Dr. Baumgartner, die Vertreter der Religionsgemeinschaften, der Technischen Hochschule, der Lehrerbildungsanstalten sowie der Karlsruher und auswärtigen Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Der Verbandsvorsitzende, Studentrat Sidinger, eröffnete die Veranstaltung mit herzlichen Begrüßungsworten und einem Rückblick auf die Entwicklung des beruflichen Bildungswesens, worauf Staatspräsident Wittemann die Glückwünsche der badischen Staatsregierung übermittelte. Er unterstrich dabei die hervorragende Bedeutung unseres Gewerbeschulwesens für die Erziehung eines tüchtigen gewerblich-technischen Nachwuchses. Daraus ergab sich die Wichtigkeit des Standes der Gewerbeschulmänner; denn wie die Gewerbeschulmänner, so die gewerbliche Zukunft. Auch der Finanzminister, für den er gleichfalls sprach, entbiete aufrichtigen Glückwunsch.

Ministerialdirektor Dr. Huber überbrachte die Grüße des Ministers Dr. Kemmele, der der Gewerbeschule, der Schule des wertvollen Volkes, das größte Interesse zuzuwende. Mit Stolz dürfe man feststellen, daß sich die badische Gewerbeschule, in 100jähriger Entwicklung, sich den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen, stetig vorwärts bewegt und seit der Neuordnung im Jahre 1922 eine Höhe erreicht hat, um die uns andere deutsche Länder beneiden. Das verdanke man nicht zum geringsten dem Verbandsrat und seinen Führern. Wir wollen in diesen schweren Zeiten damit zufrieden sein, das Erreichte zu erhalten. Möge der Verband zielbewußt weiterstreben in harmonischer Zusammenarbeit mit dem Unterrichtsministerium und engerer Fühlungnahme mit der Praxis. Nachdem noch ein Vertreter des Verbandes badischer Zeitungslehrer gesprochen und der Vorsitzende den Gratulanten gedankt hatte, ergriff der frühere Staatspräsident und Unterrichtsminister Universitätsprofessor Dr. W. Sellpach, Heidelberg, aus dessen Ministerzeit der neue Lehrplan und die neue Fachschulverordnung datiert, das Wort zu seinem hochinteressanten Vortrag über „Stellung und Sendung der Gewerbeschule in der Bildungstriebe und Bildungsreform der Gegenwart“. Die gedanktiefen rethorisch glänzenden Darlegungen Dr. Sellpachs fanden den begeisterten Beifall der Zuhörer.

### Die Gefährdung von Kraftfahrzeugen durch Schulkinder

Der Unterrichtsminister hat an die Schulbehörden und Lehrer folgenden Erlaß gerichtet: „Es wurde neuerdings wieder darüber geflagt, daß Kraftfahrzeuge auf den Landstraßen und in Orten von Schulkindern mit Steinen und Sand beworfen wurden. Dadurch wurden die Wagen beschädigt und die Lenker und Insassen der Kraftfahrzeuge ernstlich gefährdet. Durch ein solches Verhalten der Schulkinder wird nicht nur Ansehen angegriffen, sondern auch das Ansehen und die Wirtschaft des Landes gefährdet. Ich erlaube deshalb, im Unterricht in entsprechender Weise aufklärend zu wirken und die Schulkinder anzuhalten, die Gefährdung und Verwundung von Kraftfahrzeugen unter allen Umständen zu unterlassen.“

### Verein Badischer Pflanzengärtner

In Badoltszell fand unter dem Vorsitz von Direktor Hohenkatt die zehnte Hauptversammlung des Vereins Badischer Pflanzengärtner statt, die aus allen Teilen des Landes sehr gut besucht war.

Den Tätigkeitsbericht erstattete Landwirtschaftsrat Dr. Lieber, der Geschäftsführer des Vereins. Im allgemeinen müßte leider festgestellt werden, daß der Saatgutbau infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft in den letzten Jahren sehr stark nachgelassen habe. Besonders stark zurückgegangen sei der Anbau von Originalsaatgut zugunsten der ersten und zweiten Abfaat. Auch die Mitgliederbewegung im Verein selber hatte im letzten Jahre eine fallende Tendenz, was wohl durch die Zeitverhältnisse bedingt ist. Der Verein besteht mit aller Energie darauf, daß die bisher von der Landwirtschaftskammer gewährten Unterstützungen für die Saatgutforschung in gleichem Umfang wie bisher beibehalten werden.

An die Generalversammlung schloß sich am Nachmittag eine große Bauernversammlung an, die besonders von den Landwirten des Seekreises sehr stark besucht war. Der Vorsitzende konnte u. a. den Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, den Landrat, den Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, Professor Dr. Waack, begrüßen. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein großangelegtes Referat des Direktors des Badischen Bauernvereins, Dr. Schwörer, Freiburg, der über Rentabilitätsfragen im landwirtschaftlichen Betrieb sprach, und dabei vor allem auf die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge hinwies. Der Redner warnte vor übertriebenem Pessimismus, der sich insbesondere auch bei der Jungbauernschaft auswirke. Als zweiter Redner sprach Direktor Schneider vom Schweizerischen Saatgutverband Solothurn über Pflanzengzüchtung und Saatgutbau in der Schweiz und ihre Organisation und staatliche Förderung.

### Vor Angriffnahme des Rheinbrückenbaues Waldshut-Koblentz

Nach einer Meldung aus Waldshut steht das über 100 Jahre alte Projekt einer Rheinbrücke Waldshut-Koblentz nunmehr endlich vor der Verwirklichung. Die Arbeitsvergebung soll in den nächsten Tagen ausgeführt werden und der Bau zu Beginn des neuen Jahres in Angriff genommen werden. Die Regierung des Kantons Argau hat das Brückenprojekt in den letzten Tagen nach den abgeänderten Plänen genehmigt und die Wasser- und Straßenbauverwaltung Karlsruhe um die Ausschreibung der Arbeiten ersucht.

Das Projekt zieht eine Eisenbahnwandträgerbrücke mit 6,2 Meter Fahrbahnbreite und zwei Schwellen mit je 1,5 Meter vor. Die nach dem neuen badischen Projekt vorgesehenen Kosten betragen 912 500 Franken gegenüber 283 750 Franken nach dem Projekt vom Jahre 1914 konnte von der argentinischen Bauverwaltung ohne Beeinträchtigung des Technischen auf 741 000 Franken gemindert werden. Die beiden Uferstaaten tragen die eigentlichen Brückenbaukosten je zur Hälfte, sowie ihre Zufahrts- und Unterhaltungskosten.

## Badische Gesellschaft für soziale Hygiene

Am 6. Dez. fand in Karlsruhe im „Hause der Gesundheit“ die jahungsgemäße Mitgliederversammlung der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene statt, zu der sich Teilnehmer aus den verschiedensten Gegenden des Landes eingefunden hatten. Anwesend waren u. a. Vertreter des badischen Unterrichtsministeriums, der Landesversicherungsanstalt Baden, der Bad. Ärztekammer und der Bad. Zahnärztekammer, der Vereinigung der badischen Schul- und Fürsorgeärzte, des Oberkirchenrates und der Inneren Mission sowie des Mannheimer Bundes für Mutterschutz.

Nach Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Prof. Dr. med. Baas, erstattete der Geschäftsführer Dr. med. A. Fischer den Kassen- und Tätigkeitsbericht. Die Arbeit der Gesellschaft erstreckte sich namentlich auf die Erforschung der gesundheitlichen Zustände in Baden, auf die Schaffung einer kulturhygienischen Ausstellung, Verbreitung kulturhygienischer Kenntnisse und auf Eingaben an das badische Unterrichtsministerium sowie an das Reichsministerium des Innern. — An der Aussprache beteiligten sich Präsident Dr. Fuchs, Stadtrat Dr. Klinger, Freiburg, Reg.-Rat Stenz als Vertreter des Unterrichtsministeriums, Präsident Kaufch und Prof. Lutz.

Der wissenschaftliche Teil der Tagung war dem Thema: „Die Frage der Sexualerziehung in den Schulen“ gewidmet. Der erste Berichterstatter, Stadiomedizinrat Dr. Paul, Karlsruhe, faßte seine Ausführungen folgendermaßen zusammen:

1. Der Schule kann die Hauptaufgabe der Aufklärung über die Gefahren des unflüchtigen Verkehrs nicht zugewiesen werden. Diese obliegt vielmehr dem Elternhaus.

2. Die Belehrung der Schule muß als Ziel haben, die Jugendlichen für das Ideal der Keuschheit und ehelichen Treue zu begeistern. Als geeignetes Alter erscheint die Zeit zwischen dem 15. und 17. Lebensjahr bei beiden Geschlechtern.

3. Dieses Ziel kann durch mündliche Belehrung am besten erreicht werden, wenn der Vortragende, der womöglich ein Arzt sein sollte, auf dem Boden religiöser Weltanschauung steht und imstande ist, bei seinen Hörern eine feierliche, ernste Einstellung dem Sexualleben gegenüber zu erzeugen.

4. Sind diese Voraussetzungen gegeben, dann sollte die Belehrung als besonderer Akt der Schule veranstaltet werden, zu welchem das Lehrerkollegium und womöglich auch die Eltern der Jüglinge hinzuzuziehen wären.

5. Die planmäßige Einführung der Aufklärung in den naturwissenschaftlichen Unterricht ist abzulehnen.

6. Wenn für die mündliche Aufklärung die oben angeführten Voraussetzungen nicht hergestellt werden können, ist die Verlesung des Schülers mit entsprechendem Lesestoff das beste Mittel zur Aufklärung.

Fortbildungsschulhauptlehrer Biffert, Konstanz, legte als 2. Berichterstatter insbesondere folgendes dar:

Das erwachte natürliche Triebleben darf im Erziehungsprozess nicht ignoriert werden. Es soll vielmehr durch vorrichtige Erklärung wesentlicher Vorgänge im Körper willensbetonte Kräfte werden zu charakterbildender Selbstbeherrschung. Sexualerziehung muß zur Sexualerziehung erweitert werden. Diese ist mehr als eine Geschlechtsfrage, sie ist Vertrauenssache.

An der Aussprache, die den Vorträgen folgte, beteiligten sich Generaloberarzt a. D. Dr. von Reuß, Dr. med. Kahn, Caritasrektor Steiner, Dr. med. Lion, Mannheim, Religionslehrer Prof. Schwall, Mannheim, Prof. Rupp, Fortbildungsschullehrerin Hornung, Stadtpfarrer Ric. Benzath und Prof. Rehler.

### Aus der Landeshauptstadt Eine Kundgebung der Technischen Hochschule Karlsruhe

Den Protesten, die nach den letzten Sejmwahlen Polen in ganz Deutschland erhoben wurden, schloß sich auch die Karlsruher Technische Hochschule an, indem die Studentenschaft und der Rektor der Technischen Hochschule zu einer Kundgebung gegen die Deutschen in Polen aufgerufen hatten. Die Teilnehmer der Hochschulangehörigen an dieser Kundgebung war außerordentlich stark.

Im Anschluß an eine Ansprache des Rektors der Technischen Hochschule, Prof. Dr.-Ing. A. Klau wurde eine Entschließung gefaßt, die einstimmige Annahme fand. In dieser Entschließung erhebt die Studentenschaft der Technischen Hochschule Karlsruhe einmütigen Protest gegen die politische Entrechtung und Anhebung des Deutschen in Polen, insbesondere in Ostoberschlesien, anläßlich der Sejmwahlen; sie richtet die Bitte der gesamten akademischen Welt auf diese Vorgänge und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Akademikerschaft aller Kulturnationen bei ihren Regierungen vorstellig wird, um diese zu Maßnahmen gegen die polnische Regierung zu veranlassen. Die Deutsche Studentenschaft richtet an die Reichsregierung und an den Reichspräsidenten die dringende Bitte, nicht länger mitanzusehen, wie mehreres Deutschland unter dem Druck rückhaltloser polnischer Chauvinisten leiden muß, sondern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der polnischen Regierung gegenüber, aber auch bei den diplomatischen Vertretern aller anderen Länder gegen diese unerhörten Graufamkeiten vorzugehen.

Der Kupferne Sonntag. Mit dem gestrigen sogenannten „Kupfernen Sonntag“, hat das Weihnachtsfest seinen eigentlichen Anfang genommen. Das Wetter hatte sich gut angehalten, und so waren denn die Straßen der Hauptstadt, insbesondere unsere Hauptverkehrsstraße, die Kaiserstraße, von ungeheuren Tausenden durchflutet, so daß zeitweise eine förmliche Verkehrsstauung eintrat. Und es gab denn auch vielerlei und Interessantes zu sehen. Es ist erstaunlich, wie sehr es die Kaufleute betreffen, ihre Waren einbringlich, geschmackvoll und besonders in bezug auf Farbenwirkung nicht selten künstlerisch dem Auge darzustellen. Dann die Überfülle der Beleuchtung. Die ganze Kaiserstraße glüht abends einem Lichtmeer. Durch die Kaufäden bewegte sich ein Strom von Menschen, und so viel man bemerken konnte, wurde auch fleißig gekauft. Auch der Besuch von auswärts war sehr rege — von der Geschäftswelt gern gesehene Gäste, die der Großstadt einen nicht unbedeutlichen Teil ihrer Einnahmen geben.

Rein Karnevalsrummel. Auch der Karlsruher Karneval wird sich 1931 in sehr ruhigen Bahnen abspielen. Die große Karnevalsgesellschaft und eine Reihe von großen Vereinen, darunter auch der Verein Karlsruher Presse, haben beschlossen, von karnevalistischen Veranstaltungen überhaupt Abstand zu nehmen.

Sonntagsruckschiffarten und Arbeiterführarten an Weihnachten. Von der Reichsbahndirektion Karlsruhe wird uns mitgeteilt: In diesem Jahre gelten die Sonntagsruckschiffarten an Weihnachten zur Hinfahrt vom 23. Dezember 12 Uhr bis 23. Dezember. Zur Rückfahrt vom 23. Dezember nachm. bis 23. Dezember 9 Uhr. Die Benutzung von Schnellzügen mit Sonntagsruckschiffarten ist am 23. und 24. Dezember ausgeschlossen, an den übrigen Tagen aber gegen Bezahlung des tarifmäßigen Schnellzugzuschlags zugelassen. Die Geltungsdauer für in der Zeit vom 20. bis 28. Dezember ausgedehnte Arbeiterführarten wird ausnahmsweise bis 5. Januar einschließlich verlängert.

Karlsruher Tarifbindung. Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels, Ortsgruppe Karlsruhe, und der Karlsruher Einzelhandel haben dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs die bestehenden Lohnsätze auf 31. Dez. 1930 gekündigt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Nach der vor zwei Tagen begonnenen Umbildung der europäischen Druckverteilung haben wir jetzt wieder Westwetter. Der Einbruch maritimer Warmluft an der Vorderseite einer über England erschienenen Zyklone hat uns seit heute Nacht verbreiteten Regen, im Hochschwarzwald Schneefall gebracht. Entsprechend der neuen Orientierung unserer Witterung wird es auch morgen regnerisch bleiben. Wilder, zeitweise Regen, aufdröhnende Südwestwinde.

Wasserkünste: Waldshut 287—5, Basel 88—3, Schusterinsel 150—3, Rehl 293—9, Magau 479—10, Mannheim 409—10, Caub über 200 Zentimeter.

## Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	8. Dezember		6. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.56	168.90	168.61	168.95
Kopenhagen 100 Kr.	112.04	112.26	112.08	112.25
Italien . . . 100 L.	21.94	21.98	21.95	21.99
London . . . 1 Pf.	20.339	20.379	20.341	20.381
New York 1 D.	4.1875	4.1955	4.1890	4.1970
Paris . . . 100 Fr.	16.446	16.486	16.457	16.497
Schweiz . . . 100 Fr.	81.145	81.305	81.135	81.295
Wien 100 Schilling	58.92	59.04	58.96	59.07
Breg. . . . . 100 Kr.	12.422	12.442	12.424	12.444

Die Großhandelsindexziffer ist mit 118,6 gegenüber der Vormoche (119,5) um 0,8 Prozent gesunken.

### Mannheimer Hafenverkehr im November

Der Wasserstand des Rheins wie des Neckars war auch während des Monats November, mit Ausnahme während der Tage des Hochwassers, für die Schifffahrt ein günstiger. Der Wasserstand bewegte sich nach dem Mannheimer Pegel zwischen 4,25 Meter und 7,10 Meter.

Der Gesamtumschlag betrug 346 480 Tonnen gegenüber dem Vormonat weniger 139 502 Tonnen (im Vorjahr 441 289). An dem Rückgang nimmt die Kohle mit mehr als 100 000 Tonnen Anteil.

Es kamen auf dem Rhein 189 Güterboote und 515 Schleppfähne an, die 249 399 Tonnen Güter löschten. Abgegangen sind 190 Güterboote und 584 Schleppfähne mit 75 818 Tonnen Güter. An dem Verkehr auf dem Neckar nahmen bei der Ankunft 6 Güterboote und 71 Schleppfähne mit 16 918 Tonnen Güter teil.

Auf den Handelsdampfern entfallen in Ankunft 123 129 Tonnen, im Abgang 38 095 Tonnen; auf den Industriedampfern entfallen in Ankunft 38 052 Tonnen, im Abgang 13 161 Tonnen; auf den Rheinauhafen entfallen in Ankunft 79 228 Tonnen, im Abgang 5244 Tonnen; der Umschlag von Hauptschiff zu Hauptschiff betrug 49 571 Tonnen.

Von den wichtigsten Güterarten entfallen auf Kohle 133 131 Tonnen, Getreide 55 645 Tonnen, Holz 10 205 Tonnen, Kies und Sand 13 586 Tonnen, Salz 32 002 Tonnen, Mehl 12 424 Tonnen, Benzin und Erdöl 18 679 Tonnen, und Wein- und Ölfaat 5848 Tonnen.

Die Neckarschifffahrt war im Monat November befriedigend beschäftigt, wenn sie auch während der Zeit der hohen Wasserstände 5 Tage (22., 23., 24., 25. und 26.) eingestellt werden mußte. Abgegangen sind im Monat November Neckar zu Berg 17 durchgehende und 8 Lokalschleppzüge.

An Güterwagen wurden während des Berichtsmonats gestellt:

im Handelsdampfern	10 900	10-Tonnen-Wagen
im Industriedampfern	7 497	10-Tonnen-Wagen
im Rheinauhafen	10 710	10-Tonnen-Wagen

Im 3. Vierteljahr betrug der Umschlag von der Bahn zu Schiff in Mannheim 12 652 Tonnen, in Rheinau 1219 Tonnen und von Schiff zur Bahn in Mannheim 34 700 Tonnen, in Rheinau 122 351 Tonnen.

### Karlsruher Hafenverkehr im November

Der Wasserstand des Rheins war im November 1930 außergewöhnlich schwankend. Am Pegel zu Magau betrug er am Anfang des Monats 535 Zentimeter, stieg unter starkem Wechsel bis auf 697 Zentimeter und sank bis auf 572 Zentimeter am Ende des Monats. Nur besonders glücklichen Umständen ist es zu danken, daß auch im November die schon befürchtete Sperrung der Eisenbahnbrücke bei Magau für die Großschifffahrt unterbleiben konnte. Außer durch Hochwasser war die Schifffahrt an einzelnen Tagen auch durch Nebel behindert.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im November 71 Güterboote und Motorschiffe sowie 137 Schleppfähne angekommen sowie 60 Güterboote und Motorschiffe und 180 Schleppfähne abgegangen. Gegenüber dem Vormonat hat sich der gesamte Schiffsverkehr vermindert, was sowohl auf die strengen Wasserstandsverhältnisse wie auch auf die weitere Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zurückzuführen ist. Der Gesamtverkehr des Karlsruher Rheinhafens war im November 1930 um rund 30 000 Tonnen kleiner als im Oktober 1930 und im November 1929. Dieser Rückgang erklärt sich in der Hauptsache durch eine geringere Zufuhr von Brennstoffen, was eine Folge der verhältnismäßig milden Witterung, der Kohlenpreispolitik und des durch die verschlechterte wirtschaftliche Lage der Industrie zurückgegangenen Bedarfs ist.

Um die Sädinger Bandfabrik. In der Obligationenversammlung der Gesellschaft für Bandfabrikation A. G. in Basel, der bekanntlich auch die Sädinger Bandfabrik gehört, wurde beschlossen, den Gläubigerausgleich zu ermächtigen, diese Fabrik in Sädlingen zu den bestmöglichen Bedingungen zu verkaufen. Das neueste Angebot hierfür lautet auf rund 324 000 M. Bekanntlich ist Sädlingen an der Erhaltung der Bandfabrik außerordentlich interessiert, da diese über 200 Arbeitern Arbeitsgelegenheit gibt.

Die Internationale Kohlengemeinschaft wurde, wie aus Paris gemeldet wird, auf der bisherigen Basis um 6 Monate verlängert.

Die Abgabepreise für Cofinroggen und Kartoffelflocken. Zu in der Presse und an der Berliner Börse aufgetauchten Gerüchten über eine bevorstehende Erhöhung der Abgabepreise für Cofinroggen und Kartoffelflocken wird vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mitgeteilt, daß die bisherigen Abgabepreise zunächst unverändert bleiben.

### Gemeinderundschau Stadtratswahlen

In Mosbach wurden gewählt vom Rechtsblock (einschl. Co. Rd.) 5, Zentrum ebenfalls 5, von der Sozialdemokratie 2 Kandidaten.

In Neckargemünd stimmten bei der Wahl zum Stadtrat alle 48 Wahlberechtigten ab. Der neue Stadtrat setzt sich zusammen: Ztr. 1, Soz. 2, Komm. 1, Co. Volksd. 1, Nat. Soz. und Bürgerbd. 4, Ver. Wählergruppe 1 Mandat.

Bei der Gemeinderatswahl in Rehl erhielten: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 21 Stimmen und 5 Stadtratsitze, Wirtschaftspartei und Birtsch, Arbeitsgemeinschaft 14 Stimmen (Wpt. 2, B. Arb. Gem. 1 Stadtratsitz), Sozialdemokraten 10 Stimmen und 2 Sitze, Zentrum und Staatspartei 9 Stimmen (Zentrum 1 und Staatspartei 1 Sitz), Allg. Note Arbeiterliste 1 Sitz, zwei Kommunisten hatten sich der Stimme enthalten.

In Waldshut wurden bei der Gemeinderatswahl gewählt: 8 Zentr., je ein Sozialdem., Staatsp., D. Sp., Wirtschaftsp. und Nat.-Soz. Die Kommunisten gingen leer aus.

**Bürgermeisterwahl in Neßkirch.** Bei der am Samstagmorgen erfolgten Wahl des Nachfolgers des verstorbenen Bürgermeisters Weßhaupt, der bekanntlich während einer Versammlung tödlich getroffen wurde, wurde Kaufmann Adolf Wendling, auf dessen Kandidatur die Hitler-Partei, die Deutschnationalen, die Demokraten und die Sozialdemokraten sich geeinigt hatten, zum Bürgermeister der Gemeinde Neßkirch gewählt. Das Zentrum hatte Dr. Theodor Kemeder aus Pforzheim als Kandidaten aufgestellt.

**Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft in Mannheim.** Die Rathausfraktion der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Staatspartei und Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen Volkspartei haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Vereinigten Gruppen haben demgemäß gemeinsame Vorschläge für Stadtrat und Stadterordnetenrat eingereicht.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Ein Beschluß der Freiburger Studentenschaft

W.F. Freiburg i. Br., 6. Dez. (Tel.) Der Freiburger Allgemeine Studentenausschuß besaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der deutschfeindlichen Einstellung der Schweizer

Vertreter auf dem Internationalen Studentenkongreß in Brüssel. Er stellte fest, daß auf Grund dieses Verhaltens die deutsche Studentenschaft sich nicht am Jubiläum der Technischen Hochschule in Zürich beteiligt habe, und daß die Münchener Universität die Schweitkämpfe unter Beteiligung schweizerischer Vertreter abgelehnt habe. Sie beschloß, mit Rücksicht auf die traditionellen Beziehungen zwischen den beiden Hochschulen Freiburg und Basel den Hochschulwettbewerb Freiburg-Basel nicht sofort abzugeben, seine Durchführung jedoch davon abhängig zu machen, daß die Vertreter der Basler Studentenschaft offiziell von der Haltung der schweizerischen Vertreter in Brüssel abrücken.

**H. Heidelberg, 6. Dez.** Der 41 Jahre alte, verheiratete Postsekretär Georg Brugger aus Karlsruhe, der als Vortreiber des Postamts in Keimen in den letzten drei Jahren nach und nach den Betrag von 2350 Reichsmark unterschlagen und zur Verschleierung Zahlkarten gefälscht hat, erhielt vom Schöffengericht 1 Jahr 5 Wochen Gefängnis bei Aberkennung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren. In der Urteilsbegründung wurde anerkannt, daß sich der Angeklagte in einer gewissen Notlage befand.

**H. Freiburg, 6. Dez.** Das große Loos der Freiburger Münsterlotterie im Betrage von 5000 Reichsmark fiel auf das Los Nr. 58 856.

**H. Freiburg, 6. Dez.** Die süddeutsche Stafette des großen Stafettenrittes quer durch Deutschland, welche Samstag früh um 7 Uhr in Vörsach gestartet ist, traf gegen 12 Uhr nachmittags in Freiburg ein. Bürgermeister Dr. Hofner begrüßte den ersten Stafettenreiter Max Dörlinger und trug ihm herzliche Grüße an die freie Hansestadt Danzig auf.

**H. Konstanz, 5. Dez.** Der ledige Chauffeur und Gemeindeverordnete August Nisch in Donaueschingen gab in einem dortigen Bierlokal eine Verleumdungsrede gegen den Unterrichtsminister Dr. Kemmele weiter, wofür das hiesige Schöffengericht eine dreiwöchige Gefängnisstrafe aussprach. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt.

### Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die zwischen dem Eigentümer der abgeforderten Gemahlung Neule einerseits, der Gemeinde Waldshut und den Orten der Gesamtgemeinde Schluchsee: Neule, Aha und Schluchsee andererseits abgeschlossenen Vereinbarungen über die Auf-

teilung der abgeforderten Gemahlung Neule wurden mit Wirkung vom 1. April 1930 genehmigt.

Karlsruhe, den 5. Dezember 1930.  
Der Minister des Innern  
J. B. Wittmann.

**Losvertrieb.**  
Der Stadt Mainz wurde zugunsten des Frühjahrspferdemarkts in Mainz 1931 die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 3. Dezember 1930.  
Der Minister des Innern  
J. B. Wittmann.

**Losvertrieb.**  
Dem bayerischen Pferdezüchterverein in München wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 3. Dezember 1930.  
Der Minister des Innern  
J. B. Wittmann.

**Losvertrieb.**  
Dem Domrestaurierungsverein München wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 3. Dezember 1930.  
Der Minister des Innern  
J. B. Wittmann.

Die Auflösung der freiwilligen Feuerwehr in Karlsruhe wurde heute genehmigt.

Karlsruhe, den 5. Dezember 1930.  
Der Minister des Innern  
J. B. Wittmann.

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Ernannt:

Privatdozent Dr. Selmut Nühl an der Universität in Berlin zum ordentlichen Professor für Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht an der Handelshochschule in Mannheim; Rektor Augustin Jung in Furtwangen zum Direktor der Volks- und Fortbildungsschule in Eningen a. S.; zu Studienräten die Gewerbelehrer: Erwin Nidele in Pforzheim, Alfred Wüb in Karlsruhe, Oskar Elsäßer in Pforzheim, Emil Gottmann in Mannheim, Karl Gottschall in Freiburg, Eugen Schupperte in Säckingen und Hermann Söbier in Freiburg.

Gestorben:  
Hauptlehrer Friedrich Brehm in Karlsruhe.

## Zentralhandelsregister für Baden.

**Baden-Baden.** A. 352  
Handelsregister eintrag  
Abt. B Bd. I O.-Z. 62 —  
Firma **Badener Metall-**  
**warenfabrik Schweizer**  
**und Fehlbach, Gesellschaft**  
mit beschränkter Haftung  
in Baden-Baden. — Durch  
rechtskräftiges Urteil des  
Landgerichts Karlsruhe  
vom 17. Juni 1930 ist die  
Gesellschaft aufgelöst. Der  
seitberige Geschäftsführer  
ist Liquidator.  
Baden, 10. Nov. 1930.  
Abt. Amtsgericht I.

**Heidelberg.** A. 354  
Handelsregister Abt. A  
Band III O.-Z. 175 zur  
Firma **Georg Deichert Nachf.**  
**Hofa Schneid in Heidelberg.**  
Die Firma ist geändert in  
Georg Deichert Nachf. Emil  
Noe. Inhaber ist jetzt Kauf-  
mann Emil Noe in Heidel-  
berg.  
Band VI O.-Z. 113 zur  
Firma **Fritz Seisler** in  
Heidelberg. Die Firma ist  
geändert in Fritz Seisler  
Inh. Leo Müller. Inhaber  
ist jetzt Kaufmann Leo  
Müller in Heidelberg. Der  
Übergang der im Betriebe  
des Geschäfts begründeten  
Forderungen und Verbind-  
lichkeiten ist bei dessen Er-  
werb durch Leo Müller  
ausgeschlossen.

**Abt. B Band IV O.-Z.**  
108: Firma **Gesellschaft für**  
**Mühlenerzeugnisse** mit  
beschränkter Haftung in Hei-  
delberg. Gegenstand des Un-  
ternehmens ist der Handel  
mit Mühlenerzeugnissen.  
Stammkapital 21 000 Mk.  
Der Gesellschaftsvertrag ist  
festgestellt am 10. und ab-  
geändert am 15. Nov. 1930.  
Wenn mehrere Geschäfts-  
führer bestellt sind, wird die  
Gesellsch. durch 2 Geschäfts-  
führer oder einen Geschäfts-  
führer und einen Prokuristen  
vertreten. Geschäftsführer  
sind Friedrich Hornuth,  
Kaufmann in Heidelberg,  
und Georg Kellermann,  
Kaufmann in Bannental.  
Bekanntmachungen erfol-  
gen im Deutschen Reichs-  
anzeiger.  
Heidelberg, 18. Nov. 1930.  
Amtsgericht.

**Karlsruhe.** A. 113.  
Handelsregister einträge:  
1. **Reibel & Co., Cemen-**  
**tandels-gesellschaft** mit be-  
schränkter Haftung, Karls-  
ruhe. Die Firma ist ge-  
ändert in: Cemen-  
tandels-gesellschaft mit be-  
schränkter Haftung vor-

**mals Reibel & Co., Karls-**  
**ruhe.** Die Prokura  
Stammler und Raug sind  
erloschen. Durch Gesell-  
schafterbeschluss vom 11.  
November 1930 wurde der  
Gesellschaftsvertrag in § 1  
(Firma) geändert. 24. XI.  
30.  
2. **Radio-Großhandels-**  
**Gesellschaft** mit beschränk-  
ter Haftung, Karlsruhe.  
Bruno Herbert König ist  
nicht mehr Geschäftsführer.  
Geschäftsführer: Eugen  
Schäfer, Bücherrevisor,  
Karlsruhe. Einzelprokurist  
Adolf Dufner, Kaufmann,  
Karlsruhe.

3. **Badische Landwirt-**  
**schafts-Aktiengesellschaft**  
für Ein- und Verkauf,  
Karlsruhe. Die Prokura  
des Richard Burger ist er-  
loschen. 26. XI. 30.  
4. „**Ultramar**“ Export- u.  
Import Compagnie m. b.  
G., Karlsruhe. Federico  
Ward ist nicht mehr Ge-  
schäftsführer. Durch Ge-  
schafterbeschluss vom 26.  
August bzw. 18. November  
1930 wurde die Gesell-  
schaft aufgelöst. Liquidator:  
Friedrich Wilhelm  
Wörner, beidseitiger Bücher-  
revisor, Karlsruhe. 25.  
XI. 30.

**Amtsgericht Karlsruhe.**  
Karlsruhe. A. 114  
Handelsregister einträge:  
1. **Katharina Schmitter,**  
**Kino- und Photobedarf,**  
**Karlsruhe.** Die Firma ist  
geändert in: Georg  
Schmitter, Kaufmann,  
Karlsruhe. Die Prokura  
des Georg Schmitter ist  
erloschen. Der Übergang  
der im Betriebe des Ge-  
schäfts bisher begründeten  
Forderungen und Verbind-  
lichkeiten ist bei der Über-  
nahme des Geschäfts durch  
Georg Schmitter ausge-  
schlossen.

2. **Bernhard Odenhei-**  
**mer, Karlsruhe.** Einzel-  
kaufmann: Kaufmann  
Bernhard Odenheimer  
Witwe Jette genannt Hen-  
riette geb. Wör, Karlsruhe.  
26. XI. 30.

3. **Ferd. Daag Nachf.,**  
**Karlsruhe.** Die Gesellschaft  
ist aufgelöst. Der bisherige  
Gesellschafter Bernhard  
Herlan ist alleiniger In-  
haber der Firma.  
4. **Maschinenfabrik Her-**  
**lan & Co., Karlsruhe.** Die  
Gesellschaft ist aufgelöst.  
Der bisherige Gesellschaf-

**ter Bernhard Herlan ist**  
alleiniger Inhaber der  
Firma. 28. XI. 30.  
5. **Unterberg & Helmle,**  
**Karlsruhe.** Die Gesell-  
schaft ist aufgelöst. Die Li-  
quidation erfolgt durch die  
bisherigen Gesellschafter,  
Gustav Unterberg und  
Adolf Mann, welche ein-  
zeln vertretungsberechtigt  
sind. Die sämtlichen Pro-  
kuren sind erloschen.  
6. **Sparers Tuchverfab-**  
**rik Oscar Erlenbach, Karls-**  
**ruhe.** Einzelkaufmann:  
Oscar Erlenbach, Kauf-  
mann, Karlsruhe (Garten-  
straße 1). 29. XI. 30.  
**Amtsgericht Karlsruhe.**

**Karlsruhe.** A. 135  
Handelsregister einträge:  
1. **Karl Morlok, Gesell-**  
**schaft** mit beschränkter Haf-  
tung, Karlsruhe. Die Ge-  
sellschaft ist aufgelöst und  
die Firma erloschen. 29.  
XI. 30.  
2. **Gesellschaft für bau-**  
**industrielle Unternehmungen**  
mit beschränkter Haf-  
tung, Karlsruhe. Die Ge-  
sellschaft ist aufgelöst. Die  
Firma ist erloschen. 4.  
XII. 30.

3. **Chemische Vertriebs-**  
**gesellschaft** mit beschränk-  
ter Haftung **Verco, Karls-**  
**ruhe,** wofür der Sitz von  
Mahlow verlegt wurde.  
(Mahlstraße 40.) Gegen-  
stand des Unternehmens:  
Herstellung und Vertrieb  
chemischer Erzeugnisse.  
Stammkapital: Von 500  
Reichsmark auf 20 000 Mk  
erhöht. Geschäftsführer:  
Friedrich Köhlmann, Kauf-  
mann, Karlsruhe. Der Ge-  
sellschaftsvertrag ist am 8.  
Juni 1922 festgestellt und  
am 20. Oktober und 20. No-  
vember 1930 in § 1 (Sitz-  
verlegung), § 2 (Gegen-  
stand des Unternehmens),  
§ 3 (Erhöhung des Stamm-  
kapitals) geändert. Gesell-  
schaftsblatt: Deutscher  
Reichsanzeiger. 5. XII. 30.  
**Amtsgericht Karlsruhe.**

**Karlsruhe.** A. 136  
Handelsregister einträge:  
1. **F. Neumann & Co.,**  
**Karlsruhe.** Offene Han-  
dels-gesellschaft mit Be-  
ginn am 1. Oktober 1930.  
Persönlich haftende Ge-  
sellschafter: Franz Neu-  
mann, Kaufmann, Karls-  
ruhe, Erwin Neumann,  
Kaufmann, Nastatt. Der  
Helene Neumann, Karls-  
ruhe, und dem Kaufmann  
Matthias Schottmüller,

**Saueneberstein, ist Ge-**  
**samtprokura erteilt. Sie**  
vertreten gemeinsam mit-  
einander oder jedes ge-  
meinlich mit einem ande-  
ren Prokuristen. (Verlauf  
von Strickmaschinen, Woll-  
garnen u. Strumpfwaren.  
Königsstraße 2.)  
2. **H. August Wied,**  
**Karlsruhe.** Einzelkauf-  
mann: Heinrich August  
Wied, Kaufmann, Karls-  
ruhe. (Marienstraße 26.)  
4. XII. 30.  
**Amtsgericht Karlsruhe.**

**Mannheim.** A. 353  
Handelsregister einträge  
vom 15. November 1930.  
**Altiengesellschaft für Ta-**  
**bandhandel, Sodenheim.**  
Erich Schmidt in Soden-  
heim ist zum weiteren  
Vorstandsmitglied bestellt.  
Die Prokura des Karl  
Martin Holz ist erloschen.  
**Kronauer Hoch- & Tief-**  
**bau Gesellschaft** mit be-  
schränkter Haftung, Mann-  
heim. Die Gesellschaft ist  
aufgelöst. Der bisherige  
Geschäftsführer Bauunter-  
nehmer Fritz Kronauer in  
Mannheim ist Liquidator.  
Die Firma ist erloschen.

**Mannheimer Lagerhaus-**  
**Gesellschaft, Mannheim.**  
Rudolf Höyer ist nicht  
mehr Vorstandsmitglied.  
**Mannheimer Bank Al-**  
**tiengesellschaft, Mann-**  
**heim.** Die Gesellschaft ist  
aufgelöst. Die bisherigen  
Vorstandsmitglieder Otto  
Wüst und Oscar Eppstein,  
beide in Mannheim, sind  
Liquidatoren.

**Süddeutsche Bank Al-**  
**tiengesellschaft, Mann-**  
**heim.** Dr. Hans Carl  
Goldmann ist nicht mehr  
Vorstandsmitglied. Die Ge-  
sellschaft ist aufgelöst. Das  
bisherige Vorstandsmit-  
glied Oscar Eppstein in  
Mannheim ist Liquidator.  
Die Firma ist erloschen.

**Badische Gesellschaft für**  
**elektrische Industrie** mit be-  
schränkter Haftung (Elektra-  
baden) in Liquidation,  
Mannheim: Die Firma  
ist erloschen.  
**Elektro-Kühl-Anlagen Ge-**  
**sellschaft** mit beschränkter Haf-  
tung, Mannheim. Der  
Gesellschaftsvertrag ist am  
8. März und 30. Oktober 1930  
festgestellt. Gegenstand des  
Unternehmens ist: Der Be-  
trieb von elektrischen Kühl-  
anlagen und von verwand-  
ten Artikeln. Das Stamm-  
kapital beträgt 20000.—Mk.

**Wilhelm Lang, Kaufmann,**  
**Mannheim.** ist Geschäfts-  
führer. Als nicht eingetragen  
wird veröffentlicht: Die  
Bekanntmachungen der Ge-  
sellschaft erfolgen nur durch  
den Deutschen Reichsan-  
zeiger. Geschäftslokal: Au-  
gusta-Anlage 3.  
Gebr. **Wittmann in Li-**  
**quidation, Mannheim.** Die  
Firma ist erloschen.  
**Berthold Wolf, Mannheim:**  
Ludwig Koch, Mannheim,  
ist als Prokurist bestellt.  
Abt. Amtsgericht, F.-G. 4,  
Mannheim.

**Mannheim.** A. 355  
Handelsregister einträge  
vom 19. November 1930.  
**Schuhbaum Altiengesellschaft,**  
**Mannheim:** Zu Gesamt-  
prokuristen sind bestellt:  
Erich Kaufmann, Mann-  
heim, und Max Dreymann,  
Ludwigsplatz am Rhein.  
**August Neuhaus & Co.**  
**Gesellschaft** mit beschränk-  
ter Haftung, Mannheim: Der  
Gesellschaftsvertrag ist  
durch Beschluss der Gesell-  
schafterversammlung vom  
16. Oktober in § 1 (Sitz der  
Gesellschaft) geändert. Der  
Sitz der Gesellschaft ist nach  
Offenbach am Main verlegt.  
**Motor Kondensator Comp.**  
**Gesellschaft** mit beschränk-  
ter Haftung, Mannheim: Fritz  
Wolf ist nicht mehr Ge-  
schäftsführer.

**Hermann Berger & Sohn,**  
**Mannheim:** Die Prokura  
der Magda Berger geborene  
Heberle ist erloschen. Die  
Gesellschaft ist aufgelöst.  
Die Firma ist erloschen.  
**Josef Fritz, Mannheim:**  
Die Firma ist erloschen.  
Abt. Amtsgericht, F.-G. 4,  
Mannheim.

**Oberkirch.** A. 138  
Handelsregister eintrag:  
**August Köhler in Ober-**  
**kirch, Kommanditgesell-**  
**schaft.** Die Prokura des  
Lorenz Friedlein ist er-  
loschen. Dem Dr. Ernst Pfaff  
und Karl Kempf, beide in  
Oberkirch, ist Gesamtpro-  
kura erteilt und zwar der-  
art, daß je zwei von den  
nunmehr vorhandenen  
Prokuristen, Eugen Loch-  
mann, Dr. Pfaff und  
Kempf zur Vertretung der  
Gesellschaft berechtigt sind.  
Die Vermögensanlagen  
der Kommanditisten wur-  
den nach Umstellung in  
Goldmark erhöht.  
Oberkirch, 2. Dez. 1930.  
Abt. Amtsgericht.

Bei den Arbeitsämtern Göppingen und Nagold ist  
je die Stelle des  
A. 815  
**ständigen Stellvertreters des Vorsitzenden**  
neu zu besetzen. Die Stellen werden nach Gruppe A 2 c  
der Reichsbesoldungsordnung oder — bei Angestell-  
ten — nach Vergütungsgruppe L (X) der Vergütungs-  
tarifs für die Angestellten der Reichsanwalt befördert.  
Bewerbungen um diese Stellen mit ausführlichem  
Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften sind bis  
spätestens 23. Dezember 1930 bei dem Präsidenten des  
Landesarbeitsamts Süddeutschland, Stuttgart, Hegel-  
straße 1, einzureichen.

**A. 137. Karlsruhe.** über  
das Vermögen der Firma  
Gebr. **Kugel, Inhaberin**  
Frau Luise Kugel Witwe  
in Karlsruhe-Mühlburg,  
Rheinstr. 63, wurde heute  
vormittags 10 Uhr Kon-  
kurs eröffnet. Konkursver-  
walter ist Rechtsanwalt  
Dr. Wilh. Priebe in Karls-  
ruhe, Kaiserstr. 36a. Kon-  
kursforderungen sind bis  
zum 27. Dezember 1930  
beim Gericht anzumelden.  
Termin zur Wahl eines  
Verwalters, eines Gläubiger-  
auswahlschusses, zur Ent-  
scheidung über die in  
§ 183 der Konkursord-  
nung bezeichneten Ge-  
genstände und zur Prüfung  
der angemeldeten Forde-  
rungen ist am: Mittwoch,  
den 31. Dezember 1930,  
vormittags 10 Uhr, vor  
dem Amtsgericht Karls-  
ruhe, Akademiestr. 8, zwei-  
ter Stock, Zimmer Nr. 139.  
Wer Gegenstände der Kon-  
kursmasse besitzt oder zur  
Masse etwas schuldet, darf  
nichts mehr an den Ge-  
meinschuldner leisten. Der  
Besitz der Sache und ein  
Anspruch auf abgeforderte  
Befriedigung daraus ist  
dem Konkursverwalter bis  
27. Dezember 1930 anzu-  
zeigen. Karlsruhe, den 2.  
Dezember 1930. Geschäfts-  
stelle des Amtsgerichts  
A 6.

**Regie: Daumbach**  
**Erste Abteilung:**  
**Der gehörnte Siegfried**  
**Zweite Abteilung:**  
**Siegfrieds Tod**  
**Mitwirkende:**  
Ernst, Fraendorfer,  
Genter, Schreiner,  
Gemmene, Graf, Hierl,  
Höder, Just, O. Kiencher,  
Kloble, Prüter, Schulz,  
b. d. Trend, S. Kiencher,  
Luthe.  
Anfang 19<sup>1/2</sup>, Ende geg. 22<sup>1/2</sup>,  
Preise A (0,70—5 Mk)

**Dienstag, den 9. Dez. 1930**  
\* C 10. Th.-Gem. I. S.-Gr.  
**Neu einstudiert:**  
**Der Evangelmann**  
Musikalisches Schauspiel  
von Kiendl  
**Dirigent: Keilberth**  
**Regie: Pruscha**  
**Mitwirkende:**  
Haberhorn, Seiberlich,  
Bauer, Burk, Ribinius, J.  
Gröninger, Hopsach, Ralm-  
bach, Rießer, Höfer, Schoepf-  
lin, Jilten, Allan  
Anfang 20 Ende 22<sup>1/2</sup>,  
Preise C (1—7 Mk)

**Wi. 10. 12. 4. Sinfonie-Kz.**  
**Do. 11. 12. Das Lamn des**  
**Armen. Fr. 12. 12. Carmen**  
**Im Kzth: Meine Schwester**  
**und ich. Sa. 13. 12. Nachmit-**  
**tags: Der große Christoph.**  
**Abends: Der Kaufmann**  
**von Beneidig. So. 14. 12.**  
**Nachm: Jar und Zimmer-**  
**man. Abends: Cavalleria**  
**rusticana. Hierauf: Der**  
**Wajazzo. Im Kzth: Meine**  
**Schwester u. ich. Mo. 15. 12.**  
**Die Biblungen III. Ab-**  
**teilung. In der Festhalle:**  
**1. volkstümliches Konzert.**

**Badisches Landes-theater**  
Montag, den 8. Dez. 1930  
\* G 10. Th.-Gem. I. S.-Gr.  
**Die Biblungen**  
Ein deutsches Trauerspiel  
in drei Abteilungen  
von Heibel